

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser, das hier ist die zweite Ausgabe des Newsletters der Landesgruppe NRW. Wir möchten Dir hiermit einen kleinen Überblick über unsere momentane Arbeit in Berlin, aber auch im Wahlkreis und überhaupt im Bundesland NRW geben. In NRW sind zum einen sicherlich die Aktionen in den Städten im Rahmen

der Mindestlohnkampfen zu nennen, die am 10. Juni NRW weit stattfanden (vgl. S.1). Außerdem haben wir uns offen mit der Opelbelegschaft in Bochum solidarisiert und die Proteste der Studierenden in NRW unterstützt (vgl. S.8). Natürlich hat jede(r) von uns versucht Themen und Anregungen aus dem Wahlkreis mit auf die Bundesebene zu nehmen oder bundespolitisch diskutierte Themen im Wahlkreis konkret zu behandeln.

Mehr dazu auf den folgenden Seiten, in unseren Einzelartikeln. Bei Rückfragen und Anmerkungen zum Newsletter melde dich einfach bei der Redaktion (vgl. Impressum). Viel Spaß beim Lesen wünschen

Hüseyin Aydin, Sevim Dagdelen, Inge Höger, Ulla Jelpke, Ulla Lötzer und Paul Schäfer

Impressum:

Redaktion und V.i.S.d.P.:

Anna Conrads

DIE LINKE

Landesgruppe NRW

Koordinationsbüro

Corneliusstr. 108

40215 Düsseldorf

Tel.: 0211/ 158 40 49

email:

DieLinke.lgnrw@ish.de

Vor den Türen der Lohndrücker – die Mindestlohnkampagne vor Ort

MdB aus NRW am 10. bei Mindestlohnaktionen in den Städten

„Nicht für ‘nen Appel und ‘n Ei - Mindestlohn jetzt!“ hieß es am 10. Juni vor rund vierzig Mc



Donald's Filialen in Nordrhein-Westfalen. Der Konzern gilt als eines jener Unternehmen, das seinen bundesweit rund 50.000 Mitarbeitern vielfach Einkommen zumutet, die deutlich unter dem geforderten Mindeststundenlohn von 8 Euro liegen. Gemeinsam mit Wolfgang Zimmermann und Rainer Sauer stellte Ulla Lötzer, Mitglied der Fraktion DIE LINKE, im Düsseldorfer Landtag die bevorstehenden Initiativen der Kampagne vor.

Mindestlohnaktion startet auch in Duisburg
WASG und Linkspartei Duisburg organisierten am ersten Aktionstag einen Infostand auf der Königstrasse und führten mit Bürgerinnen und Bürgern Gespräche zur aktuellen Sozial-

politik der Bundesregierung und zur Gesetzesinitiative der Linksfraktion zum Mindestlohn. Es nahmen sowohl der Duisburger Bundestagsabgeordnete der Bundestagsfraktion Hüseyin Aydin als auch der Fraktionsvorsitzende der Duisburger Ratsfraktion Die Linke-Offene Liste, Hermann Dierkes am Aktionstag teil. Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro wurde in zahlreichen Gesprächen von den Duisburger Bürgerinnen und Bürgern unterstützt. Auch Duisburg leidet sowohl unter der sehr hohen Zahl von 40.000 Arbeitslosen als auch an einem hohen Anteil von Arbeitsverhältnissen im Niedriglohnbereich der Branchen Dienstleistungen, Gastronomie und Handel. Die Mindestlohnkampagne wird auch in Duisburg fortgesetzt. Nach den Sommerferien ist geplant, an Duisburger Betrieben mit besonders niedrigen Löhnen Aktionen durchzuführen und in Form von Leserbriefen, Diskussionen und Veranstaltungen die Gesetzesinitiative „von unten“ zu begleiten.

Aktionen gab es auch u.a. auch in Düren und Bergisch Gladbach. In Bocholt und Düsseldorf wurden „Mauern gegen Armutslohne“ errichtet.

Mehr Infos zu den Aktionen:

www.8euro.de, Fragen zur Kampagne in NRW bitte an das Büro Ulla Lötzer: ulla.loetzer@wk.bundestag.de oder 0221/6086926

Lasst den Panther frei

Im Todestrakt eines Staatsgefängnisses im US-Bundesstaat Pennsylvania sitzt seit 24 Jahren ein unschuldiger Mann und führt unter widrigsten Umständen einen juristischen und politischen Kampf gegen seine mögliche Hinrichtung. Konservative Politiker und Staatsanwälte nutzen seinen Fall, um sich als unachgiebige Gesetzeshüter zu profilieren. Mumia Abu Jamal ist Journalist und, wie der 1966 ermordete Malcolm X, Mitglied der Black Panther Party. In einem Prozess, den man nur als Farce bezeichnen kann, wurde er 1982 wegen Mordes verurteilt. Seither kämpfen seine Anwälte darum, entlastendes Beweismaterial sowie eidesstattliche Zeugenaussagen vor Gericht auch nur vorbringen zu dürfen. Am 13. Juli werden sie Gelegenheit haben, gegen mehrere Verfahrensfehler Einspruch einzulegen.

Diesen Anlass hat die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Inge Höger genutzt, um gemeinsam mit dem menschenrechtspolitischen Sprecher der Linksfraktion, Michael Leutert, und der entwicklungspolitischen Sprecherin, Heike Hänsel, den Gouverneur des Staates Pennsylvania aufzufordern, das Todesurteil gegen den entschlossenen Kämpfer für Bürgerrechte und gegen den allgegenwärtigen Rassismus der US-Gesellschaft Mumia Abu Jamal endlich aufzuheben.

Zahlreiche Initiativen wie das Internationale Verteidigungskomitee (IVK) unterstützen Mumias Kampf von Deutschland aus. Über sie können Spenden und Solidaritätsschreiben an ihn und seine Anwälte geleitet werden.

Internationale Verteidigungskomitee (IVK), Postfach 150 530, D-28095 Bremen

Spendenkonto: Unter dem Stichwort „Verteidigung“ Spenden bitte an: Archiv 92/ Sonderkonto Jamal, Konto-Nr. 100 8738 701, (BLZ 290 101 11), S.E.B. Bank Bremen

Eure MdB in NRW

13.7.06 „Not welcome, Mr. President“: Demonstration anlässlich des Besuches des US-Präsidenten Bush in Stralsund, AufruferInnen sind u.a. Linkspartei Mecklenburg-Vorpommern und DFG-VK, Informationen beispielsweise auf: www.bush-in-stralsund.de

10.-14.07.06 Sevim Dagdelen nimmt teil an der Konferenz: „Bildung moderner Gesellschaften im 21. Jahrhundert - Integration, Ideologie und Identität“, Veranstalter: British-German Forum, Ort: Wilton Park, GB

19.7.06 Offene Sprechstunde von Inge Höger MdB im Wahlkreisbüro in Herford, Kirchgasse 2, 32052 Herford; Zeit: 16 – 18 Uhr

07.08.06 Ulla Lötzer trifft sich zum Gespräch mit Guntram Schneider, DGB Vorsitzender NRW

12.8.06 Recklinghausen: Hüseyin Aydin MdB auf Dampferfahrt mit WASG und Linkspartei aus Recklinghausen; gegenseitiges Kennenlernen und Informationsgespräche. Die Fahrt mit der „Henrichenburg“ beginnt um 18:00 am Schiffshebewerk Henrichenburg in Waltrop, weiter Infos bei der Linkspartei Recklinghausen: erfurt-nagel@web.de

16.8.06 Diskussionsveranstaltung des Linkspartei-KV Euskirchen mit Paul Schäfer: „Auslandseinsätze und Weissbuch - Streit: Positionen der Fraktion Die Linke zur Entwicklung der Bundeswehr“, in Mechernich – Breitenbenden, Gaststätte Jägerhof: 19.30 Uhr

17.8.06 Veranstaltung des Linkspartei KV Viersen mit Paul Schäfer: „Friedenspolitik und 1 Jahr Fraktion Die LINKE im Deutschen Bundestag“, Zeit: 19.30, Ort: zu erfahren im Wahlkreisbüro Schäfer: paul.schaefer@wk.bundestag.de, 0211-87 66 351

18.8.06 Veranstaltung des KV Mettmann der Linkspartei.PDS und der demokratischen

Hüseyin Aydin Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Themen in meinem Wahlkreis Duisburg waren neben Aktionen zur Mindestlohnkampagne der Konflikt am Duisburger Klinikum, die aktuelle Entwicklung auf dem Duisburger Arbeitsmarkt und die Einführung von Studiengebühren an der Universität Duisburg-Essen.

Mit einer ersten Aktion zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes startete am 10. Juni 2006 in der Duisburger Innenstadt unsere Kampagne. Die Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern bestätigte die Aktualität der Forderung und wurde größtenteils von ihnen unterstützt. Wir werden in einem weiteren Treffen am 6. Juli 2006 im Bürgerbüro die nächsten Aktionen diskutieren und vorbereiten. Am 19.8.06 und 24.8.06 finden in den Duisburger Stadtteilen Rheinhausen und Laar die nächsten Informationsstände in den Fußgängerzonen statt.

Ein fortwährendes Thema ist die aktuelle Entwicklung am Klinikum Duisburg. Geschäftsführer der Klinik Reinhard Isenberg fiel in der Vergangenheit durch seine Gutsherrenmentalität im Umgang mit den Mitarbeitern bekannt auf. Er kündigte im Zuge des Verdi-Streiks sechs Gewerkschaftern. Nun versucht er, die Arbeit des neu gewählten Betriebsrates zu behindern. In einer Presseerklärung habe ich die im Aufsichtsrat der Klinik vertretenen Stadtratsmitglieder aufgefordert zu handeln, da das unerträgliche Verhalten Isenbergs endlich politische Konsequenzen haben muss.

Am 21.6.06 besuchte Bundespräsident Köhler die Duisburger Arbeitsagentur. Erstmals in seiner Amtszeit wollte er sich die Situation in einer Stadt mit besonders hohen Arbeitslosenzahlen vor Ort ansehen. Erfreulicherweise haben in Vorbereitung des Besuches alle Duisburger Arbeitsloseninitiativen gemeinsam einen offenen Brief an ihn geschrieben, in dem sie auf die größten Probleme der Betroffenen hinweisen. Um hier ebenfalls ein realistisches Bild zu bekommen, habe ich in einem Brief an die ARGE Duisburg um ausführliche Informationen zum Duisburger Arbeitsmarkt gebeten.

Das waren meine Fragen an die ARGE: Wann erscheint die Eingliederungsbilanz 2005 der Bundesagentur für Arbeit, die allen Beteiligten am Arbeitsmarkt jährlich vorgelegt werden muss?

Welche Erkenntnisse und Zahlen liegen vor, die die Vermittlung von arbeitslosen Bürgerinnen und Bürgern in reguläre sozialversiche-



rungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse belegen? Welche Projekte und Maßnahmen sind in Folge dieser statistischen Zahlen durchgeführt worden?

Welche Erfahrungen liegen zu den sog. 1-Euro-Jobs vor? Welche Arbeiten werden im diesem Rahmen ausgeführt? Wie viele Bürgerinnen und Bürger werden nach Beendigung in reguläre sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten vermittelt? Wie hoch ist der Anteil der Arbeitslosen, die sich in 1-Euro-Jobs befinden? In welchen Branchen

und Berufsgruppen werden 1-Euro-Jobs durchgeführt? Wie ist die Qualifizierungsmöglichkeit im Rahmen dieser Arbeitsgelegenheiten – wie viele Arbeitslose werden in Anlerntätigkeiten bzw. höher qualifizierte Tätigkeiten vermittelt? Wie viele reguläre Arbeitsverhältnisse sind durch 1-Euro-Jobs gefährdet?

Wie sieht die Situation jugendlicher Schulabgänger aus? Wie viele Jugendliche suchen in Duisburg nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungsplatz? Wie viele hatten schon im Vorjahr keinen Ausbildungsplatz? Wie viele Jugendliche waren in berufsbildenden Maßnahmen und haben danach einen Ausbildungsplatz bekommen?

Wie setzt sich die Höhe der Kosten der Unterkunft (KdU) in Höhe von 3,94 Euro pro Quadratmeter in Duisburg zusammen? Wie sind ihre Erfahrungen im Austausch mit den örtlichen Wohnungsbaugesellschaften über die Anzahl von Wohnungen, die den Kosten der Unterkunft entsprechen?

Bisher habe ich keine Antwort erhalten.

Am 23.6.2006 beschloss die Hochschulverwaltung der Universität Duisburg-Essen in einer nicht-öffentlichen Sitzung die Einführung von Studiengebühren zum Sommer 2007. Trotz massiver Proteste der Studierenden war diese undemokratische Entscheidung nicht mehr zu verhindern. Während nach der Besetzung des Rektorates am Campus Duisburg noch zugesichert wurde, die Entscheidung zu verschieben, wurde diese Maßnahme nun in einer einzigen Sitzung ohne Beteiligung von Vertretern der Studentinnen und Studenten durchgepeitscht. In einer Protesterklärung der Landesgruppe NRW der Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE haben wir unseren Protest gegen die Studiengebühren deutlich gemacht und den Studierenden unsere Solidarität und Unterstützung gegen weiteren Sozialabbau im Bildungsbereich zugesichert.

Sevim Dagdelen Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik:

Erleichterte Einbürgerung für bessere Integration

Am 14. Juli 2006 veranstaltet die Bundesregierung einen Integrationsgipfel. Im Vorfeld hat die Integrationsdebatte wieder an Fahrt gewonnen. Verschiedene politische und gesellschaftliche Lager überbieten sich mit Vorschlägen für eine bessere Integrationspolitik. Bildungs-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen sind in aller Munde. Die Bundesregierung möchte mit dem Integrationsgipfel einen im Herbst startenden Nationalen Aktionsplan vorbereiten. Wenige Wochen später wird die Verschärfung der Zuwanderungspolitik auf Tagesordnung gesetzt.

In der aktuellen Debatte ist auch die Forderung nach Verschärfung des Einbürgerungsrechts zu hören. Die Koalitionspartner möchten den Beschluss der Innenministerkonferenz vom Mai 2006 schnellstmöglich in die Tat umsetzen und einen verpflichtenden Integrations- und Deutschkurs für EinbürgerungsbewerberInnen mit anschließender Prüfung einführen. Vor diesem Hintergrund brachte die Linksfraktion, die in der Einbürgerung nicht den krönenden Abschluss, sondern eine der Grundvoraussetzungen der Integration sieht, Ende Juni 2006 einen Antrag in den Bundestag ein, der die Erleichterung von Einbürgerung zum Ziel hat.

Ein Großteil der über 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in der Bundesrepublik können grundlegende Rechte nicht beanspruchen. Denn sie sind keine Staatsbürger. Mit dem Antrag will DIE LINKE. dieses Demokratiedefizit beseitigen und deutlich machen, dass der Schlüssel zur politischen Integration und Chancengleichheit in der rechtlichen Gleichstellung liegt. Diese Gleichberechtigung wiederum kann mit einem radikal vereinfachten und erleichterten Einbürgerungsverfahren geschaffen werden. Alle Maßnahmen in der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mit dem Ziel der Integrationsförderung würden zu kurz greifen, wenn die rechtliche Gleichstellung nicht gewährleistet wird.

Leider folgen nicht alle diesen Leitgedanken, sondern eher einer Abwehrhaltung. Stellvertretend dafür kann man den bayrischen Ministerpräsidenten Stoiber hinsichtlich der Konzepte von Einbürgerungstests zitieren: „Bayern will hier Druck machen, weil wir uns genau an-



schaun und überprüfen sollten, wer dauerhaft zu uns kommt und Deutscher wird.“ Mit anderen Worten soll unterschieden werden „zwischen denen, die uns nützen und denen, die uns ausnützen“, wie das ein CSU-Politiker vor einigen Jahren auf den Punkt brachte. Ein Arbeiter, der nach 30 Jahren am Fließband arbeitslos wurde, wird samt seiner Familie nicht eingebürgert. Aber wir diskutieren heute wieder über Neuregelungen für die Zuwanderung von Hochqualifizierten, weil der Arbeitgeberverband den Bedarf anmel-

det. Aus Afrika stammende Topstürmer sollen für die deutsche Nationalmannschaft die Tore schießen. Aber afrikanische Straßenfußballer bekommen nicht einmal das Visum für ein Fußball-Turnier.

Dieses Nützlichkeitsprinzip ist unmoralisch, verwerflich und inakzeptabel. Im Jahre 2006, also im fünften Jahrzehnt der Migration in die Bundesrepublik, sollten wir anders argumentieren. Eine Einbürgerungspolitik, die in jeder Einbürgerung einen Erfolg sieht, wie das der Integrationsminister in NRW Laschet formulierte, schafft die Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Integrationspolitik.

Die Einbürgerungsquote ist in Schweden oder den Niederlanden fast fünfmal höher als in Bayern. Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes zum 1. Januar 2000 war ein deutlicher Rückgang bei Einbürgerungen zu verzeichnen. Wenn die Einbürgerungsvoraussetzungen weiter verschärft werden, wie von der IMK vor wenigen Wochen beschlossen, wird sich nichts daran ändern, im Gegenteil. Die soziale Situation wie z.B. die Arbeitsmarktlage, fehlende Angebote zum Spracherwerb werden in der Debatte ausgeblendet. Als wären verpflichtende Sprachkurse das Allheilmittel, werden fast alle Probleme auf Sprachdefizite verkürzt. Wer angesichts der stigmatisierenden Debatte heute noch den Mut aufbringt, die Einbürgerung zu beantragen, müsste nicht nur den deutschen Pass erhalten, sondern auch das Bundesverdienstkreuz. Und dieser Entwicklung müssen wir entgegensteuern – der Antrag unserer Fraktion kann da nur eines von vielen Mitteln sein.

(Der Antrag mit der BT-Drucksachen-Nr. 16/1770 kann unter der Adresse <http://dip.bundestag.de/btd/16/017/1601770.pdf> heruntergeladen werden.)

Linken Wülfrath: Was macht Die LINKE im Bundestag – Fragen an Paul Schäfer, MdB“ 19.30 Uhr, Wülfrath, genauer Ort zu erfragen im Wahlkreisbüro Schäfer

22.8.06 „Rente mit 67“: Podiumsdiskussion mit Paul Schäfer auf Einladung der IG BAU, Herzogenrath – Markstein, Burg Markstein, 19 Uhr,

23.8.06 Offene Sprechstunde von Inge Höger MdB in Bielefeld, Büro der Linkspartei Bielefeld, Arndstr.20, 33 615 Bielefeld, 16-18 Uhr

23.8.06 Aachen: Diskussionsveranstaltung „Friedenspolitische Strategien“ mit Paul Schäfer, Informationen zu Zeit und Ort zu erfahren im Wahlkreisbüro Schäfer: paul.schaefer@wk.bundestag.de, 0211-87 66 351

24.8.06 Ulla Lötzer nimmt am DGB-Sommerfest in Köln teil

26.8.06 Ulla Lötzer ist beim Aktionstag der Mindestlohnkampagne in Bochum

30.8.06 Ulla Lötzer nimmt an der Jubiläumsveranstaltung der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema „30 Jahre Mitbestimmungsgesetz“ in Berlin teil

31.8.06 „Verfolgt, verbannt, vergessen?“ Lieder und Texte verfolgter Künstler in der Zeit von 1933-1945. Eine Kulturveranstaltung zum Antikriegstag 2006, 19 Uhr, Bürgerbüro Hüseyin Aydin, Mülheimerstr., 47058 Duisburg, weitere Infos unter: huseyin.aydin@wk.bundestag.de, 0203/ 80 55 677

31.08.06 Sevim Dagdelen ist beim Migrationsforum der Linksfraktion im Sächsischen Landtag in Dresden

11.9.06 Veranstaltung der Frauen-Arbeitsgemeinschaft LISA mit Inge Höger in Bielefeld, Bürgerwache am Siegfriedplatz in der Rolandstr.16 , 18-20 Uhr

Aktuelle Pressemitteilungen und Reden der MdB zu verschiedenen Themen. Sie stellen nur einen Ausschnitt dar. Weitere Materialien finden sich auf der Seite der Linksfraktion oder können bei den Wahlkreisbüros (siehe Seite 8) nachgefragt werden:

Hüseyin Aydin:



Im einem offenen Brief an die ARGE Duisburg stellt Hüseyin Aydin MdB Fragen nach Regelungen der Unterkunft, 1-Euro-Jobs und Ausbildungssituation: www.wasg-duisburg.de

Der Duisburger Bundestagsabgeordnete Hüseyin Aydin, fordert in einer Presserklärung die sofortige Absetzung des Geschäftsführers des Duisburger Klinikums, Reinhard Isenberg: www.wasg-duisburg.de

Sevim Dagdelen:

Integrationsgipfel wird reine Alibi-Veranstaltung
Sevim Dagdelen, migrations- und integrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., fordert, Vertreterinnen und Vertreter von Migrant*innenverbänden bei der Vorbereitung einzubeziehen und notwendigen Diskussionen einen gebührenden Rahmen zu bieten:
http://www.linksfraktion.de/presse/mitteilungen/view_html/id1801/mbid28/bs1/n1

Zwangsverheiratungen - keine Stigmatisierung und Pauschalierung, sondern geeignete Maßnahmen: Pressemitteilung

Inge Höger stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die weitere Senkung der Unternehmenssteuern weisen eindeutig in eine Richtung: Der Staat wird arm gemacht, die Konzerne reicher. Gut Verdienende müssen verhältnismäßig immer weniger zum Steueraufkommen beitragen als Menschen mit geringeren Einkommen. Besonders ärgert mich die Bevorzugung einer Gruppe der Gutverdiener: Ehemänner, deren Frauen keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Es ist endlich Zeit, das Ehegatten-Splitting im Steuerrecht abzuschaffen.

Die Koalitionsparteien behaupten nach wie vor, das Ehegattensplitting stärke die Familie. Das ist Quatsch. Vier von zehn Paaren, die den Splittingvorteil genießen, sind kinderlos. Das Ehegattensplitting funktioniert im Gegenteil zu Ungunsten der Erwerbstätigkeit von Müttern: Wegen Reduzierung oder Wegfall des Splittingvorteils lohnt sich eine Erwerbsarbeit kaum. Auch ein Familiensplitting, das als Kriterium die Kinderzahl einbezieht, hat einen grundlegenden Systemfehler: Es orientiert sich am Verdienst der Ehegatten, nicht an der Erziehungsleistung. Wer viele Steuern sparen will, muss vorher erst einmal viel verdienen.

Ich beteilige mich zurzeit aktiv an verschiedenen Vorhaben der Fraktion, die vor allem die finanzielle Situation der Kinder verbessern sollen.

Die Koalitionfraktionen haben ja beschlossen, dass das Elterngeld eine Einkommensersatzleistung wird. Wer vor dem Kind kein Erwerbseinkommen hatte, bekommt also nachher kein Elterngeld. Mit dem neuen Elterngeld wird Geld von den Ärmern hin zu Verdienenden umverteilt - und ganz besonders hin zu denjenigen, die die Höchstbeiträge ausschöpfen können. Wir dagegen wollen das Elterngeld sozial ausgestalten. Unser Antrag („Elterngeld sozial gestalten“, Bundestags-Drucksache 16/1877) verlangt 300 Euro Sockelbetrag über 24 Monate für alle Eltern, unabhängig vom Einkommen. Außerdem wollen wir einen arbeitsrechtlichen Freistellungsanspruch für frisch gebackene Väter und eine Verlängerung des Kündigungsschutzes für Menschen in Elternzeit auf 12 Wochen. Und wir wollen eine Grundsicherung für Kinder. Sie soll individuell an die Kinder ausgezahlt werden und Existenz sichernd sein. Zur Gegenfinanzierung wollen wir verschiedene Steuersparmöglichkeiten für gut Verdienende einschränken. Eckpunkte für dieses Konzept werden im Sommer veröffentlicht.



Pflegepolitik in Bewegung

Sobald die große Koalition ihr Konzept für eine schlechtere Krankenversicherung fertig hat, wird sie die Pflegeversicherung nach ähnlich ungerechten Kriterien verändern. Innerhalb der Bundestagsfraktion der Linken diskutieren wir deshalb zurzeit Vorschläge für eine solidarische Pflegeversicherung.

Ich plädiere dafür, bei einer Reform der Pflegeversicherung auch die Leistungs-Seite zu diskutieren.

Wir brauchen eine angemessene Absicherung der Pflege von altersverwirrten Menschen, eine Klärung der Zuständigkeit für die Betreuung Sterbender. Und wir brauchen eine höhere Pflegequalität: besser entlohntes Fachpersonal, würdevollere Lebensbedingungen für Pflegebedürftige.

Also brauchen wir mehr Geld im System. Die Stichworte sollten hier sein: Einbeziehung aller Einkommen, Streichung der Beitragsbemessungsgrenze, Individualprinzip. Zur Vorbereitung der Reformdiskussion habe ich Kleine Anfragen in den Bundestag eingebracht: „Gesundheit von Altenpflegerinnen und Altenpflegern“ (Antwort in der Bundestags-Drucksache 16/1774) und „Abwerbung von Krankenpflegekräften aus armen Ländern“ (16/1755).

Ein Ergebnis aus den Daten bestätigt meine Befürchtungen: In ambulanten Pflegeeinrichtungen arbeiten nur zu 50 Prozent pflegerische Fachkräfte, in Pflegeheimen gar nur 34 Prozent. Kritik richtet die Bundesregierung nur gegen das Management von Pflegeeinrichtungen - nicht gegen die finanzielle Basis der Pflegeversicherung. Wer nachlesen will: Bundestags-Drucksachen sind von der Homepage des Bundestages aus zu finden (www.bundestag.de, weiter über Dokumente und Drucksachen).

Durch die Föderalismusreform zeichnen sich weitere Nachteile für Behinderte und Pflegebedürftige ab: Etliche Zuständigkeiten und die Verantwortung für das Heimrecht wurden auf die Länder übertragen. Bewohnerräte von Pflegeheimen, Träger und Behindertenverbände müssen sich jetzt mit 16 Landesregierungen herumschlagen. Die Länder wollen Qualitätsanforderungen abbauen, vor allem die Anforderungen an Fachkräfte in Pflegeeinrichtungen zu senken - zu Gunsten der Landeskassen, zum Nachteil der Betroffenen. Von einem Schiff aus versenkten einige Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE deshalb symbolisch Krücken in der Spree. Fotos von der Aktion gibt es hier: www.linksfraktion.de

Ulla Jelpke

Mitglied des Innenausschusses

In Reaktion auf die Vorlage des Verfassungsschutzberichtes (siehe newsletter Nr.1/2006) habe ich mehrere Kleine Anfragen initiiert. Zum einen geht es dabei um die im Bericht erwähnten linken Organisationen: die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) und den „Kasseler Friedensratschlag“. Meines Erachtens zeigt sich an der Erwähnung dieser Organisationen, dass der Verfassungsschutzbericht keineswegs eine neutrale Analyse „extremistischer“ Bestrebungen ist. Der Bericht nimmt politische Wertungen vor, durch die Erwähnung der beiden Gruppierungen soll antifaschistisches und antimilitaristisches Engagement delegitimiert werden.

Der Charakter des Verfassungsschutzberichtes als politischer Kampfschrift zeigt sich auch an der Erwähnung der Linkspartei.PDS. Ihr wird vor allem vorgeworfen, dass sie immer noch an antikapitalistischer Programmatik und einem sozialistischen Ziel festhält. Hier werden die Fraktion und ich ebenfalls tätig werden und die Bundesregierung nach ihrer Haltung fragen.

Die Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz und anderen Geheimdiensten ist nun auch zu einer persönlichen Frage aller Abgeordneten der Linksfraktion geworden. Nachdem bekannt wurde, dass einzelne Abgeordnete unter Beobachtung stehen, haben nun alle Abgeordneten der Linksfraktion ihre Akten bei den deutschen Geheimdiensten angefordert.

Im Zusammenhang mit dem Verfassungsschutzbericht ist mir noch ein anderer Aspekt wichtig: die Verharmlosung neofaschistischer Gewalt. Einerseits ist da zu lesen, dass Waffen und Sprengstoffe gefunden wurden und viele neofaschistische Aktivisten Wehrsportübungen durchführen. Die „Kameradschaft Süd“ und das „Freicorps Havelland“ wurden wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung verurteilt. Andererseits, so der Bericht, ließe sich aber eine terroristische Strategie nicht feststellen. Als ob man es nicht als „Terror“ bezeichnen kann, wenn neofaschistische Schläger systematisch Gewalt ausüben und, wie das „Freicorps Havelland“, versuchen durch Brandanschläge türkische Imbissbudenbesitzer zu vertreiben. Rechte Gewalt wird auch auf andere Art bagatellisiert: Innenminister Schäuble meinte bei der Vorstellung des Berichts, die Täter seien meistens betrunken, oder die rechte Gewalt nur Reaktion auf Gewalt „von links“. Mit einer



Kleinen Anfrage versuche ich zu erfahren, wie die Bundesregierung die Aneinanderreihung von Fehlurteilen in diesem Bericht selbst sieht und begründet.

Eine weitere Reihe kleiner Anfragen an die Bundesregierung behandelt das Thema Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus. Dabei geht es um ganz verschiedene Gruppen. Zum einen die Opfer von Massakern der deutschen Wehrmacht in Griechenland und Italien. Deutsche Verbände hatten als „Vergeltung“ für Parti-

sanenangriffe ganze Dörfer ausgelöscht, die Bundesrepublik lehnt bis heute Entschädigungszahlungen ab.

Eine weitere „vergessene“ Opfergruppe, die auch aus dem Fond für ehemalige Zwangsarbeiter keine Entschädigung erhalten hat, sind die italienischen Militärinternierten. Nach dem Kriegsvölkerrecht dürfen Kriegsgefangene nicht zu Zwangsarbeit herangezogen werden. Genau das ist aber mit den italienischen Militärinternierten passiert, die man einfach zu „Zivilisten“ erklärt hatte und zur Arbeit auch im Rüstungsbereich zwang.

Aus dem Wahlkreis

Direkt aus meinem Wahlkreis kam ein weiteres Thema in die aktuelle Arbeit: der Ausbau des WAZ-Monopols auf dem lokalen Zeitungsmarkt im Ruhrgebiet. Nachdem das Bundeskartellamt einer gemeinsamen Druckerei von WAZ und Ruhrnachrichten seinen Segen erteilt hat, zogen sich die Ruhrnachrichten aus mehreren Ruhrgebietsstädten zurück oder kündigten dies an. In Gelsenkirchen schließt der somit einzige verbliebene Konkurrent, die Buerische Zeitung, ihre Pforten. Aufgrund der zahlreichen Verflechtungen der Ruhrgebietspresse drängt sich der Verdacht auf, dass es eine Absprache zur Aufteilung des lokalen Zeitungsmarktes gegeben hat. Ich will in einer Kleinen Anfrage von der Bundesregierung wissen, was sie von den diesbezüglichen Entscheidungen des Bundeskartellamtes weiß und wie sie sich dazu verhält. Die Verflechtungen des WAZ-Konzerns mit hohen Kreisen in der Bundespolitik und insbesondere der SPD macht die ganze Sache brisant. Auf die Antwort kann man daher gespannt sein.

Sobald die Antworten in digitaler Form vorliegen, sind sie auf meiner homepage www.ulla-jelpke.de zu finden.

von Sevim Dagdelen zur Anhörung des Bundestagsausschusses für Familien, Senioren, Frauen und Jugend zum Thema „Zwangsverheiratung“: http://www.linksfraktion.de/presse/mitteilungen/view_html/id1754/mdbid28/bs1/n2

Rechte von Menschen ohne Aufenthaltsstatus stärken Für die Fraktion DIE LINKE. begrüßen die innenpolitische Sprecherin Ulla Jelpke und die migrationspolitische Sprecherin Sevim Dagdelen, die weitgehende Einigkeit der Expertinnen und Experten, die heute im Bundestag zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen ohne Aufenthaltsstatus angehört wurden. http://www.linksfraktion.de/presse/mitteilungen/view_html/id1819/bs1/n0

Inge Höger:

Pflegende brauchen Unterstützung und Wertschätzung der Gesellschaft: Presseerklärung von Inge Höger zur Initiative des Sozialverbandes Deutschland für ein Pflegezeitgesetz. http://www.linksfraktion.de/presse/mitteilungen/view_html/id1709

Bund und EU müssen mehr Geld für Aids-Bekämpfung in Afrika ausgeben! Anlässlich der aktuellen Daten von UNAIDS über HIV-Infektionen kritisiert die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Inge Höger, die unzureichenden Ausgaben der Industrieländer für die Bekämpfung der Immunschwäche-Krankheit. http://www.linksfraktion.de/presse/mitteilungen/view_html/id1618

Arbeitslosengeld II reicht nicht für Krankheitskosten: Dies ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Praxisgebühr, Zuzahlungen, Eigenleistungen für die Gesundheit und Arbeitslosengeld II“, die an Inge Höger, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, gesendet wurde. http://www.linksfraktion.de/presse/mitteilungen/view_html/id1752

Ulla Jelpke:

Kleine Anfrage von Ulla Jelpke zu Vorstellungen der Bundesregierung zu NPD-Aufmärschen vor und während der Fußball-WM.

Innenminister Dr. Wolfgang Schäuble bezeichnete Demonstrationen während der WM als „Mißbrauch“. Wir wollten genauer wissen, was der Bundesinnenminister zu tun gedenkt und ob er auch unabhängig von der WM so entschlossen gegen Neonazi-Demonstrationen vorgehen will.

http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=134

Kleine Anfrage von Ulla Jelpke: Erhalt von Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus Während Familienministerin Ursula von der Leyen vorschlug, die bisher angesetzten Mittel für den Kampf gegen „Extremismus“ und „Islamismus“ einzusetzen, wandten sich SPD-Parlamentarier gegen die faktische Kürzung der Mittel gegen Rechtsextremismus. Daher wollten wir von der Bundesregierung wissen, wie es denn nun weitergehen soll.

http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=126

Integrationsgipfel ohne Politikwechsel ist Alibiveranstaltung Pressemitteilung von Ulla Jelpke:

Der CDU/CSU-Politiker Peter Götz hat der Linksfraktion sowie einer Reihe von Migrantenverbänden und Zeitschriften vorgeworfen, „taktische Scharmützel“ auf Kosten der Migranten zu führen und die Kritik am Integrationsgipfel der Bundesregierung zurückgewiesen.

http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=136

Ulla Lötzer:

Solidaritätserklärung zu den Vorgängen bei der Allianz: Die Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer, Obfrau im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie der Fraktion DIE LINKE, aus Köln verurteilt die Massentlassungspläne der Allianz und erklärt den Beschäftigten ihre solidarische Unterstützung:

[# Ulla Lötzer Sprecherin für Internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung](http://www.dielinke-</p></div><div data-bbox=)

Ein wichtiger Schwerpunkt meiner parlamentarischen Arbeit ist in diesem Jahr die Begleitung der Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Hier werden hinter verschlossenen Türen von Regierungen zentrale Weichen für eine Liberalisierung des Welthandels gestellt. Sind die Vereinbarungen in Kraft, werden sie von den gleichen Regierungen als vermeintliche Sachzwänge der Globalisierung für den Abbau von Sozial- und Umweltstandards ins Feld geführt, gegen die sie leider machtlos sei.

Bis zur nächsten WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2006 sollen in den Bereichen Agrarmärkte, Märkte für nicht-agrarische Güter (NAMA) und Dienstleistungsmärkte (GATS) verbindliche Vereinbarungen zwischen den Mitgliedsländern für weitere Liberalisierungen getroffen werden. In enger Abstimmung mit den aktiven Nicht-Regierungsorganisationen, mit denen wir uns zu Beratungsgesprächen treffen, haben wir eine Reihe von Anfragen zu den einzelnen Verhandlungsbereichen eingereicht um diese in den Öffentlichkeit zu holen: Agrarverhandlungen (<http://www.dip1.btg/btd/16/010/1601087.pdf>), NAMA-Verhandlungen über Zollabbau (<http://www.dip1.btg/btd/16/015/1601528.pdf>), GATS-Verhandlungen (<http://www.dip1.btg/btd/16/015/1601947.pdf>)

Wir fordern einen Stopp dieser aktuellen, umfassenden Liberalisierungsrunde des Welthandels. Insbesondere gilt, dass jedes Land das Recht haben muss, im Agrar- und Industriegüterbereich seine regionale Produktion und Vermarktung zu schützen, Ernährungssouveränität herzustellen, sowie geeignete Instrumente zum Schutz von Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Umwelt durch geeignete Instrumente erlassen zu können

Im Bereich der Dienstleistungen dürfen Länder nicht zu Liberalisierungen verpflichtet werden. Öffentliche Güter müssen von solchen Bestrebungen völlig ausgenommen werden (s.a. unser Antrag WTO-Liberalisierungsrunde stoppen <http://www.dip1.btg/btd/16/004/1600449.pdf> und die Rede: <http://www.dip1.btg/btp/16/16044.pdf> Seite 4319)

Doch auch die G8 ist ein Gremium, das massiv die Liberalisierung internationalen Handels und Investitionen vorantreibt. Bei dem diesjäh-



rigen Gipfel in St. Petersburg vom 15.-17.7 steht die Liberalisierung der internationalen Energiemärkte und der Ausbau der Atomenergie im Mittelpunkt. Wir fordern Hände weg von der Atomenergie, keine Einschränkung staatlicher Energiepolitik, faire Energiebeziehungen statt freie Fahrt für transnationale Energiekonzerne. Vor allem aber müssen internationale Entscheidungsprozesse demokratisch im Rahmen der Vereinten Nationen stattfinden. Den 8 mächtigsten Industriestaaten fehlt dafür jegliche Legitimität. (Antrag „Für demokratische internationale Entscheidungsprozesse statt G8“ <http://www.dip1.btg/btd/16/018/1601879.pdf>)

Die Kampagne gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie haben wir mit einer Anfrage an die Bundesregierung über den aktuellen Stand fortgesetzt (<http://www.dip1.btg/btd/16/018/1601826.pdf>).

Der Wirtschaftsausschuss wird auf meinen Antrag hin nach der Sommerpause eine öffentliche Anhörung zur Dienstleistungsrichtlinie durchführen. Den Landes- und Kreisverbänden stellen wir erneut eine Broschüre zur Verfügung, die in der Mindestlohnkampagne mit eingesetzt und Gewerkschaften und Verbänden zur Verfügung gestellt werden kann.

Mindestlohnkampagne NRW

Die Mitorganisation der Mindestlohnkampagne war einer meiner Schwerpunkte in NRW. Dazu gehörten die einleitende Veranstaltung, die Landespressekonferenz, die Begleitung der Aktion bei Mac Donalds und Presseerklärungen zum Stand der Auseinandersetzung im Landtag (siehe Webseite Linkspartei NRW und Artikel in diesem Newsletter)

Wirtschaft/Arbeit/Finanzen NRW

Mehrfach habe ich mit Presseerklärungen zu den Haushaltsberatungen in NRW Stellung bezogen, wie auch zu den Kündigungen bei Allianz und den Aktionen bei Opel (siehe Webseite Linkspartei NRW). Im Arbeitskreis Wirtschaft/Arbeit/Finanzen werden wir an Alternativen dazu, insbesondere auch in bezug auf ein Zukunftsinvestitionsprogramm arbeiten. Mit einer kleinen Anfrage habe ich die Auseinandersetzung gegen die Teilprivatisierung des DLR in Köln Porz unterstützt (<http://www.dip1.btg/btd/16/017/1601711.pdf>).

Paul Schäfer

Verteidigungspolitischer Sprecher

Gleich Anfang Juni habe ich im Bundestag die Gelegenheit ergriffen, in meiner Rede zur Verlängerung des Mandates für den Kosovo-Einsatz der Bundeswehr die Bundesregierung mit dem Versagen ihrer bisherigen Politik zu konfrontieren. Der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien war völkerrechtswidrig und die NATO hat bislang auch bei der friedlichen Lösung der Minderheitenkonflikte im Kosovo versagt. Ich habe deutlich gemacht, dass wir eine andere Logik der internationalen Politik durchsetzen wollen und Krieg für uns kein Mittel der Politik ist.



Gerade im sicherheitspolitischen Bereich prescht die Bundesregierung voran: Im Herbst wird voraussichtlich das Weißbuch zur deutschen Sicherheitspolitik vorgestellt und eine mögliche Grundgesetzänderung zur Ausweitung der Aufgaben der Bundeswehr im Inneren beraten werden. Die Bevölkerung muss umfassend über die Alternativen informiert und aufgeklärt werden und ermutigt werden, der Regierung ihren Unmut über die neue nationale Interessenspolitik kund zu tun. Zu diesem Zweck will ich sowohl deutschlandweit Experten zu einer Diskussion über eine alternative linke Sicherheitspolitik einladen als auch regional in NRW über die tatsächlichen Konversionmöglichkeiten beraten.

Wahlkreis:

Im Juni fand ich auch Gelegenheit zu zahlreichen Gesprächen mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus meinem Wahlkreis. Zum einen besuchte mich eine Gruppe aus Düren und dem Rhein-Erft-Kreis hier in Berlin, zum anderen konnte ich einige Termine im Wahlkreis wahrnehmen und mich so über aktuelle Entwicklungen und Probleme dort informieren.

Am 2. Juni fand hier eine lebhaft Diskussionsrunde mit fünfzig Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis statt, die sich über die Initiativen der Fraktion DIE LINKE informierten. Ich nahm aus diesem informativen und produktiven Gespräch vor allem Vorschläge und Anregungen für eine verbesserte Information der Mitglieder und Interessenten über die Arbeit der Fraktion mit. Als Ansprechpartner dafür steht auch mein Wahlkreisbüro bereit.

Am 12. Juni besuchte ich das Forschungszentrum Jülich um mich über die innovativen Arbeiten auf dem Gebiet der Brennstoffzellen-

und Klimaforschung zu informieren. Die von den Jülicher Wissenschaftlern präsentierten Ergebnisse ihrer Arbeit waren beeindruckend. Für die Verbesserung der Forschungsarbeit in diesen Bereichen hoffen sie auf einen der zehn schnellsten Großrechner der Welt – und nicht auf neue Forschungsreaktoren. Vorschläge, wie sie am 26. Juni noch vom selbsternannte NRW-Innovationsminister Pinkwart (FDP) vorgebracht wurden, der im Interesse der Atomlobby ein nukleares „back to the roots“ als angeblich strahlende Zukunftsperspektive forderte, zeigen, dass der gelungene und fortschrittliche Strukturwandel in Jülich von Teilen der Landesregierung ignoriert wird.

Gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen vor Ort habe ich in Jülich am 24./25. Juni für die Mindestlohnkampagne geworben. In vielen interessanten Bürgergesprächen erfuhr ich dabei große Zustimmung für unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro. Ein Aktionstag in Düren wurde von meinem Wahlkreisbüro unterstützt.

Am 14. Juni informierte ich mich vor Ort bei der Rurtalbahn über die Auswirkungen der von Bundesfinanzminister Steinbrück geplanten Kürzungen der Regionalisierungsmittel. Mobilität ist und bleibt für mich ein Grundrecht. Aus diesem Grund setze ich mich dafür ein, dass die beschlossenen Kürzungen rückgängig gemacht werden.

Am 13. Juni habe ich den Fliegerhorst in Nörvenich besucht. In mehrerer Hinsicht beschäftigt mich dieser Luftwaffenstützpunkt. Er ist nach wie vor eingebunden in das NATO Konzept der nuklearen Teilhabe, d.h. im Zweifelsfall können auch hier Atomwaffen gelagert und von deutschen Kampfflugzeugen abgeworfen werden. Zudem werden hier bald milliardenteure Eurofighter stationiert, die als Teil der NATO Schnellreaktionskräfte für militärische Interventionseinsätze eingeplant sind. (Link: <http://www.dip1.btg/btd/16/017/1601779.pdf>) Der Besuch diente auch dazu, mich über die Bemühungen der Bundeswehr zur Vermeidung von Fluglärm zu informieren. Denn für die in der Einflugschneise liegenden Städte und Gemeinden stellen die Flugübungen nach wie vor eine immense Belastung dar und beeinträchtigen die Lebensqualität. Der Besuch in Nörvenich war äußerst wichtig für die weitere Zusammenarbeit mit den betroffenen Bürgern und den Friedensinitiativen vor Ort.

nrw.de/UL/14_06_allianz.htm

CDU und FPD im Landtag halten an Armutslöhnen fest! Presseerklärung der Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer zur Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohns durch die CDU und FDP im Landtag NRW:

http://www.dielinke-nrw.de/UL/11_06_armutslohn.htm

Volksinitiativen abgelehnt! Die Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer verurteilt die Ablehnung der beiden Volksinitiativen zur Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien durch die schwarz/gelbe NRW-Landesregierung. http://www.dielinke-nrw.de/UL/13_06_vi.htm

Paul Schäfer:

Entführung palästinensischer Minister zukünftig mit Dingo? Presseerklärung zur angekündigten Lieferung gepanzerter Truppentransporter des Typs Dingo 2 an die israelischen Streitkräfte von Paul Schäfer: http://www.linksfraktion.de/presse/mitteilungen/view_html/id1884/bs1/n0

Traurige Tradition bei den Luftlandtruppen. Presseerklärung zu den bekannt gewordenen obszönen Vorfällen bei Aufnahmezeremonien in der Bundeswehr von Paul Schäfer: http://www.dielinke-nrw.de/PS/17_06_tradition.htm

Bundesregierung fördert Waffenexport mit Steuergeldern Nach SIPRI-Bericht und Antwort auf Kleine Anfrage fordert Paul Schäfer, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE., den sofortigen Stopp von Hermes-Krediten für Rüstungsexporte. http://www.dielinke-nrw.de/PS/15_06_waffenex.htm

Solidaritätserklärung zur Studierendendemo am 21. Juni 2006

Die Einführung von Studiengebühren begrenzen den Zugang zum Hochschulstudium für immer breiter werdende Schichten der Bevölkerung. Schon jetzt ist der Zugang vor allem jungen Menschen aus den „bildungsfernen“ Schichten nahezu unmöglich. Studiengebühren werden zukünftig auch Kindern aus der Mittelschicht eine akademische Bildung erschweren. Die Einführung von Gebühren ist nur der Anfang. Das vom CHE angestoßene und von Minister Pinkwart freudig übernommene Hochschul-„freiheitsgesetz“ macht deutlich, wohin die Hochschulbildung in NRW getrieben werden soll: Die Hochschulen sollen Kaderschmieden für angepasste, marktorientierte, neoliberal ausgerichtete Nachwuchskräfte aus den Häusern reicher Eltern werden. Nicht mehr die demokratische Selbstverwaltung und die Freiheit der Lehre sollen im Vordergrund stehen, sondern die Freiheit der Wirtschaft, die Universitäten für ihre Interessen zu missbrauchen. Der Staat zieht sich aus der Finanzierung zurück, die selbstgemachten „Sachzwänge“ stellen einen Erpressungsversuch gegenüber den Universitäten dar. Statt auf kritische Wissenschaften, nachhaltige Konzepte und alternative Forschung zu setzen, vertritt die Landesregierung NRW den Standpunkt eines Bildungsdarwinismus, der an die Bildungsideale des 19. Jahrhunderts erinnert.

NRW befindet sich auf dem Weg zurück in die Bildungspolitische Steinzeit!

Mehr und mehr Menschen verwehren sich dieser Politik. Wir stehen solidarisch an der Seite aller, die sich an der Demonstration beteiligen. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, dass der Sommer 2006 ein heißer Sommer wird, der die Landesregierung in ihre Schranken weißt und dem Prinzip des Durchregierens die Idee der Demokratie und Solidarität entgegenstellt.

Wir fordern die Politiker und Politikerinnen im Landtag auf, die Proteste der Studierenden endlich ernst zu nehmen. Wir fordern die Polizei auf, sich an der Kriminalisierung der Protestierenden nicht zu beteiligen. Wir rufen alle Menschen in NRW auf, sich den Protesten anzuschließen und für die Zukunft der Menschen in NRW auf die Straße zu gehen und für die Rechte unserer Kinder zu kämpfen. Wir brauchen eine Bildungsreform für die Menschen und nicht gegen sie!

Bildung ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft! Sie darf nicht zum Luxusgut für Reiche verkommen!

Hüseyin Aydin, Sevim Dagdelen, Inge Höger, Ulla Jelpke, Ulla Lötzer, Paul Schäfer
DIE LINKE. im Bundestag Landesgruppe NRW

Ulrike Detjen, Wolfgang Freye, Paul Schäfer
DIE LINKE. NRW

Katharina Schwabedissen, Helmut Eigen, Wolfgang Zimmermann
WASG – NRW

Solidaritätserklärung für die KollegInnen von Opel

*Lieber Kollege Einkenkel,
liebe Opelkolleginnen und -kollegen,*

als Landesgruppe NRW der Linksfraktion erklären wir Euch unsere Solidarität in Eurem Kampf gegen einen zügellosen konzerninternen Standortwettbewerb. Die Konzernleitung von General Motors versucht gnadenlos die europäischen Werke gegeneinander auszuspielen und so einen weiteren Arbeitsplatz- und Sozialabbau durchzusetzen. Damit werden die im Laufe von Jahrzehnten erkämpften Fortschritte bei Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitregelungen zurückgedreht und zunichte gemacht. Produktivitätsfortschritte schlagen sich nicht mehr in dringend benötigten Lohnsteigerungen für Arbeiter und Angestellte nieder. Durch das Ausspielen von Konkurrenzvorteilen werden Tausende von Arbeitsplätzen in Europa vernichtet. Das zerstört auch die europäische Solidarität und den Grundgedanken eines sozialen Europas und ersetzt es durch Konkurrenz um Sozialdumping.

Von daher ist es ein wegweisendes Signal, wenn die Kolleginnen und Kollegen sich europaweit und gemeinsam mit koordinierten Streikaktionen dieser Taktik entgegenstellen. Es wäre ein Riesenfortschritt im Sinne aller Beschäftigten an den europäischen Standorten, wenn die Forderung des Betriebsrates, in einem europäischen Rahmenvertrag weitere Werksschließungen und betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen, umgesetzt werden könnte.

Eine Solidarität zwischen den Kolleginnen und Kollegen der europäischen Standorte ist keine einfache und selbstverständliche Sache. Umso mehr wünschen wir Euch in Eurem Kampf Erfolg.

Und auch wir sehen uns in der Verantwortung: Wir wollen Eure Auseinandersetzung im Parlament mit Initiativen unterstützen, fordern die verfassungsgemäße Sozialbindung des Eigentums wieder herzustellen und Mitbestimmungsrechte bei Beschäftigungssicherung durchzusetzen.

Mit solidarischen Grüßen
*Ulla Lötzer, Hüseyin Aydin, Sevim Dagdelen
Inge Höger, Ulla Jelpke, Paul Schäfer*



MdB vor Ort - die Wahlkreisbüros:

Hüseyin Aydin:

Wahlkreisbüro Duisburg
Mühlheimer Straße 57
47058 Duisburg
Tel.: 0203-8055677
Fax: 0203-8055676
hueseyin.aydin@
wk.bundestag.de

Sevim Dagdelen:

das Büro wird demnächst
in Bochum
eröffnet, bis dahin Kontakt
über das Berliner Büro:
030 - 22771353
sevim.dagdelen@bundestag.de

Inge Höger:

Wahlkreisbüro Herford
Kirchgasse 2
32052 Herford
Tel.: 05221 - 17 490 72
Fax: 05221 - 17 490 73
inge.hoeger-neuling@
wk.bundestag.de

Ulla Jelpke:

Wahlkreisbüro Dortmund
Münsterstraße 141
44145 Dortmund
Tel.: 0231 - 8 60 27 47
Fax: 0231 - 8 60 27 46
ulla.jelpke@wk.bundestag.de

Ulla Lötzer:

Wahlkreisbüro Köln
Montanusstr. 1
51065 Köln
Tel.: 0221 - 6086926
Fax: 0221- 6087023
ulla.loetzer@wk.bundestag.de

Paul Schäfer:

Wahlkreisbüro Düsseldorf
Corneliusstr.108
40215 Düsseldorf
Tel.: 0211 - 87 66 351
Fax: 0211 - 87 66 352
paul.schaefer@wk.bundestag.de

Die Landeskoordination der Landesgruppe:

Anna Conrads und
Heinz Hillebrand
Corneliusstr.108
40215 Düsseldorf
Tel.: 0211/ 158 40 90
Fax:
dielinke.lgnrw@ish.de